

Landeshauptstadt Magdeburg
Der Stadtrat
Fraktion Die Linke
Stadträtin Karin Meinecke

01. März 2010

Rede zum Haushalt 2010

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der uns vorliegende Haushaltsentwurf bietet Altes und Neues.

Alt ist, dass wir nach wie vor ein Haushaltsdefizit haben.

Dem zufolge ist die Konsolidierungsphase noch lange nicht vorbei. Hierbei sind wir auch abhängig vom Land, das uns immer mehr nichtfinanzierte Aufgaben überträgt (z. B. die Kosten des Unterhalts).

Wir werden handlungsfähig sein aufgrund der guten Vorbereitung durch die Verwaltung. Unsere Spielräume jedoch sind gering und werden, wenn die Entwicklung weiter so voranschreitet, immer geringer.

Neu ist, dass uns zum ersten Mal ein doppischer Haushalt vorliegt.

Dadurch wird jetzt eine Forderung erfüllt, die unsere Fraktion schon vor 20 Jahren aufgemacht hat.

Wir wollten damals feststellen lassen, über welche Vermögenswerte die Stadt verfügt.

Dies ist die Voraussetzung für Festlegungen, wie das Vermögen der Stadt bewahrt und entwickelt werden kann und dies nicht aus der Sicht der Banker, sondern aus der Sicht der Magdeburgerinnen und Magdeburger, die eine hohe Erwartung an die Möglichkeiten der sozialen Sicherung, der kulturellen und sportlichen Angebote und an bestmögliche Bildungs- und Ausbildungsgrundlagen haben.

Insofern ist der doppische Haushalt ein Haushalt, den wir als Linke ausdrücklich herbeigesehnt haben, auch wenn wir die doppische Haushaltspraxis noch nicht bis ins letzte Detail verstehen.

Wir werden als Fraktion diesem Haushalt trotz einer Reihe von Bedenken unsere Zustimmung geben.

Die Bedenken verbinden sich damit, welche Prioritäten der Stadtrat für diesen Haushalt beschlossen hat und für künftige noch beschließen wird.

Als Beispiele seien der Tunnel und die neue Dachmarke Ottostadt genannt.

Wir möchten hervorheben, welche Linien aus unserer Sicht bemerkenswert sind, wofür wir dem Stadtrat und der Verwaltung dankbar sind.

Da ist der Haushalt Kultur.

Durch Investitionen in den zurückliegenden Jahren sind unsere Kultureinrichtungen in hervorragendem Zustand. Ich denke an die Theater, das kulturhistorische, das Kunst- und das Naturkundemuseum, den Moritzhof, die Feuerwache Buckau, das Literaturhaus. Weitere Investitionen wie z. B. die Sanierung der Gewächshäuser und die Errichtung des Mitteldeutschen Figurentheaterzentrums sind auf dem Weg.

Das Technikmuseum hat sich unter Vereinsträgerschaft sehr gut entwickelt.

Die zweijährlichen Kinderkulturtage wurden im Wirtschaftsplan des Puppentheaters berücksichtigt, die Mittel zur Förderung kultureller Projekte aufgestockt.

Die bevorstehende Erhöhung der Eintrittsgelder für das theater magdeburg, die Gebührenanhebung beim Konservatorium und die Wiedereinführung von Eintrittsgeldern im Museum sind nicht erfreulich. Als Stadt müssen wir noch mehr in den Nachteilsausgleich für Menschen aus armen Familien investieren. Es geht hier um Mobilität und niedrigschwellige Zugänge zu Bildung, Kultur und Sport.

Mehr als 1/3 des Haushalts ist sozialen Aufgaben gewidmet, wenn wir die Personalkosten dazurechnen.

Den absoluten Schwerpunkt bilden dabei die erwerbslosen Hilfebedürftigen dieser Stadt und deren Familien. Hier muss die Stadt mehr finanzielle Mittel als in den vergangenen Jahren aufwenden, weil der Bundesanteil sich um mehr als 1 Million € verringert hat.

Das ist im Haushaltsentwurf als Risiko dargestellt. Weitere Risiken ergeben sich aus sozialen Entwicklungen in der Stadt.

Es gibt in der Stadt eine sehr hohe Anzahl arbeitsloser Jugendlicher ohne Schulabschluss.

Der Bund zieht sich immer weiter aus der Finanzierung der Langzeitarbeitslosigkeit zurück.

Die Stadtverwaltung und der Stadtrat sind nicht die Verursacher von Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit, werden aber zunehmend mit deren Auswirkungen konfrontiert.

Wir zahlen für Erstausstattung Schulanfang, Klassenfahrten u. a.

Vergangenen Donnerstag hörten wir, dass aus dem Stadthaushalt in 2009 allein für diese Positionen etwas mehr als 1 Mio. € ausgegeben wurden.

Das brauchen die Menschen auch. Wir müssen alles dafür tun, sie aus der Hilfebedürftigkeit herauszubringen.

Unsere Fraktion erwartet, dass alle Handlungsspielräume, die sich durch die angekündigte Gesetzesänderung beim SGB II ergeben, maximal ausgeschöpft werden. Es geht um die Erweiterung unserer Entscheidungskompetenz und unseres Handlungsspielraums. Details sind in der I0089/09 nachzulesen.

Die Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass keine Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit vorgenommen wurden. Der Stadtrat hat es so vor einigen Jahren beschlossen. Es ist erfreulich, dass dieser Beschluss konsequent umgesetzt wird.

Erhöhungen sind leider nicht möglich. Wir setzen aber auf spürbare Ergebnisse bei der weiteren Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zum A0239/08 „Integrierte Sozialarbeit“.

Wir erwarten, dass die Ressourcen der Stadt optimal genutzt werden, das heißt, dass mit den gleichen Ressourcen mehr erreicht werden muss.

Die Analyse der Verwaltung hinsichtlich der Möglichkeit von ressort- und trägerübergreifender Arbeit ist viel versprechend.

Mit Interesse verfolgt und unterstützt die Linke die Arbeit in der Sozialregion Nord sowie die neueste Entwicklung im Kinder- und Jugendhaus Werder.

Was ist notwendig für eine ergebnisreiche Standortpolitik?

Wir benötigen eine gute wirtschaftliche Entwicklung und mehr Arbeitsplätze.

Wir brauchen mehr Betriebe, die Berufsausbildung anbieten. Berufliche Ausbildung setzt ein Mindestmaß an Schulbildung voraus.

Wir brauchen Unternehmen, die die Finanzkraft der Stadt durch Steuern stärken.

Dabei sehen wir den Schwerpunkt in der Weiterentwicklung der Zonen I und IV in Rothensee, des Hansehafens sowie des Wissenschaftshafens. Dazu benötigen wir auch künftig Geld von Investoren und die Förderung durch das Land, den Bund und die EU.

Immer wieder wird der Schuldenstand des Entwicklungsgebietes Rothensee kritisiert. Rechnet man jedoch die hier bisher geschaffenen Arbeitsplätze und Steuereinnahmen dagegen, fällt die Bilanz positiv aus.

Die beste Werbung für Magdeburg sind sich entwickelnde Unternehmen.

Die Zuschüsse an Unternehmen mit städtischer Beteiligung bilden einen nicht gerade kleinen Posten im Haushalt. Sie wurden Jahr für Jahr gekürzt. Niemand hat sich jedoch bisher die Mühe gemacht, die Umwegrentabilität auszurechnen. Denn durch die Arbeit dieser Unternehmen kommt wieder Geld in die Stadt hinein. Ich denke z. B. an die MMKT und die MVGM.

Die Eigenbetriebe müssen die Möglichkeit erhalten, aus Mitteln die sie zusätzlich einwerben, Rücklagen bilden zu dürfen. Die bisherige Praxis, den städtischen Zuschuss um zusätzlich eingeworbene Mittel zu kürzen, bietet wenig Anreiz zum Sparen. Für die neue Betreibergesellschaft des Stadions ist es oberste Aufgabe, eine wirtschaftlich vertretbare und nachvollziehbare Betreuung des Stadions zu gewährleisten. Die 15-Millionenbürgschaft der Landeshauptstadt verstehen wir nicht als Reservefonds des Stadionbetreibers, sondern als letzte Konsequenz im Falle unvorhergesehener und unausweichlicher Finanzierungsprobleme.

Mit den genannten Positionen sind wir in die Beratung des Haushalts 2010 gegangen.

Wir wissen, dass vieles von dem, das wir als dringend ansehen, in 2010 nicht erfüllbar ist. Ich verweise auf die ungedeckte Investitionsliste. Und auch die Anträge und Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2010 haben eher marginale Auswirkungen. Wir bedanken uns für die umfangreichen Materialien, die durch die Verwaltung für die Beratung in den Fraktionen, den Ausschüssen und im Stadtrat vorbereitet wurden.

Der Haushaltsentwurf kommt unseren Prioritäten nahe, deshalb stimmen wir ihm zu.